„Alle hatten glänzende Augen“

SPIEGEL-Reporter Hans Halter über das Jahr der deutschen Wiedervereinigung (II)

Vierzig Jahre lang war das „Große Haus“ in Ost-Berlin ein Ort der Ruhe und der Kraft. Dort residierten Politbüro und Zentralkomitee der SED. Teppiche dämpften jeden Schritt. Niemals wurde rumgebrüllt oder mit den Türen geknallt. Führen und folgen, befehlen und gehorchen, so und nicht anders funktionierte der „demokratische Zentralismus“. Bis das Volk kam.

Schon im Morgengrauen drängt die Basis ins Große Haus. Unangemeldet erscheinen Parteisekretäre aus der Provinz, begleitet von vorwitzigen Genossen, die endlich mitreden wollen.

Wie immer in unruhigen Zeiten zieht es auch die Künstler, Schauspieler und Literaten zum Auge des Taifuns. Routinemäßig bleckt Egon Krenz seine langen Zähne – das soll gute Laune suggerieren, den Schwung der frühen Jahre, als Krenz, der studierte Lehrer, das Volk ein Loblied auf die Partei singen lehrte:

Sie treibt alle Bagger und Räder,
Im Hochofen facht sie die Glut,
Den Mähdrescher drängt sie zur Ernte,

Die Partei führt uns gut,
Die Partei führt uns gut.

Denkste. Im dunklen November 1989 verzichten die Arbeiter und Bauern ziemlich plötzlich auf die Führung der Partei. Das Volk geht eigene Wege.

Gut 60 000 Ost-Berliner machen sich in der Nacht vom 9. zum 10. auf den Weg nach West-Berlin, am nächsten Tag zählt die glitzernde Halbstadt mindestens 600 000 Besucher. Die Mauer ist keine Grenze mehr. Egon Krenz, seit drei Wochen offiziell Führer von Staat und Partei, sieht blaß aus.

Im Büro des Generalsekretärs laufen die Schreckensmeldungen in schnellem Takt zusammen: Wie die Hasen rennen der SED die Mitglieder davon. Noch sind es 2,3 Millionen, aber in den industriellen Ballungsgebieten, fernab vom Großen Haus, treten Hunderte von Parteileitungen geschlossen zurück, wegen „Lüge, Volksbetrug und Privilegien“. „Sprunghaft angestiegen“ seien die Parteiaustritte, meldet eine geheime „Information“ der Abteilung Parteiorgane des ZK dem Generalsekretär. Zwei Millionen SEDisten lösen sich in diesen Wochen gleichsam in Luft auf, seither können sich die meisten an ihre Parteikarrieren nur noch dunkel erinnern.

Der Partei fehlen die treuen Mitglieder, dem Staat die braven Bürger, seiner Wirtschaft die Waren. Im Bezirk Halle müssen 150 Verkaufsstellen schließen, die Verkäufer sind auf und davon. In Karl-Marx-Stadt werden Autos mit Berliner Kennzeichen nicht mehr betankt, es sei denn, der Fahrer ist bereit, das „DDR“-Schild abzukratzen. In Leipzig gibt es diesen Konflikt nicht, weil der „Vergaserkraftstoff“ Mangelware ist, wegen „verstärkter Abkäufe“.

Seit vier Tagen hat die DDR nur noch eine amtierende Regierung, denn SED-

FOTOS: SIPA

Demonstrationen gegen SED-Regime*: Haß auf die Berliner Greise

* Oben: am 2. Dezember 1989 in Ost-Berlin; unten: am 4. Dezember 1989 in Leipzig.

DPA

Verkehrsstau in West-Berlin nach der Maueröffnung*: Dem Volk gehören die Straße und der Supermarkt

SIPA

Demonstration gegen SED-Regime*: Revolutionsfeindlicher Reflex

Ministerpräsident Willi Stoph und sein Kabinett sind zurückgetreten. Das Zentralkomitee der Partei hat sein Politbüro rabiat von 21 auf 11 Mitglieder verkleinert. Der innerparteiliche Streit geht jetzt darum, ob man eine Parteikonferenz oder gleich einen außerordentlichen Parteitag einberufen soll.

Die Russen sitzen Krenz im Nacken. Auf der Mauer am Brandenburger Tor haben sich in der letzten Nacht 3000 Berliner amüsiert. Seine Elitetruppen rund um Berlin hat der Generalsekretär heimlich in Erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt. Doch wie rausfinden aus dem ganzen Schlamassel? Wen um Rat und Hilfe bitten?

In dieser Stunde der Konfusion, am Sonnabend, dem 11. November, 10.13 Uhr, meldet sich am Telefon ein großer, dicker, selbstbewußter Deutscher und weist dem Generalsekretär den Weg.

Das Wortprotokoll ist erhalten, ein Dialog wie von Kafka. „Herr K.“, so wird der Dicke aus Bonn im Text genannt, lobt „Gen. K.“: „Ich wollte sagen, daß ich sehr, sehr begrüße, diese sehr wichtige Entscheidung der Öffnung.“ Gen. K. über sein Malheur: „Das freut mich sehr.“

So geht es zwischen Kohl und Krenz ein Weilchen hin und her. Kohl will keine Flüchtlinge, Krenz will Geld. Der Kanzler beruhigt den aufgeregten Sekretär, der wiederum sieht am Horizont schon die Wiedervereinigung heraufziehen und fürchtet sich: „Steht nicht auf der Tagesordnung“, behauptet er. Doch, sagt Herr K., „da sind wir ganz anderer Meinung“, nur ist das „jetzt nicht das Thema, das uns im Augenblick am meisten beschäftigt“. Aufatmen.

Herr K. will schon auflegen – „Also, Wiedersehen dann“ –, als dem braven Gen. K. noch etwas einfällt.

Gen. K.: „Herr Bundeskanzler, wie wollen wir mit der Veröffentlichung verfahren?“ Herr K.: „Sagen wir jetzt ganz einfach, wir haben ein intensives Gespräch gemacht.“ Gen. K.: „Ein intensives Gespräch.“ Herr K.: „Sie können auch ruhig sagen, daß ich begrüßt habe, daß die Grenzen jetzt geöffnet sind.“ Gen. K.: „Sie haben begrüßt, daß die Grenzen geöffnet sind.“ Herr K.: „Das ist ein wichtiger Wunsch von uns. Und daß wir das Gespräch fortsetzen. Wo es notwendig ist, telefonisch.“ Gen. K.: „Fortsetzen, telefonisch.“ Herr K.:

* Oben: am 18. November 1989 auf der Straße des 17. Juni; unten: am 4. Dezember 1989 in Leipzig.

„Daß am 20. Seiters zu Ihnen kommt.“ Gen. K.: „Daß am 20. Seiters kommt.“ Herr K.: „Daß wir uns dann anschließend in der DDR treffen. Aber ich muß noch einmal sagen, nicht in Ost-Berlin.“ Gen. K.: „Ja, ist in Ordnung. Daß wir uns in der DDR treffen, und Sie meinen, nicht in der Hauptstadt.“ Herr K.: „Ja, ist gut.“ Gen. K.: „Ist in Ordnung.“ Herr K.: „Bitte schön.“ Gen. K.: „Danke schön. Wiederhören.“

Herr K. hat Gen. K. nie zu Gesicht bekommen. Nach dem freundlichen Telefonat hob Krenz die Erhöhte Gefechtsbereitschaft seiner Truppen auf. Der Generalsekretär hielt sich nur noch 22 Tage im Amt, am 21. Januar 1990 warfen ihn seine Genossen endgültig aus der Partei. Dem Knast ist er bisher entgangen; rechtzeitig hat er sich aber erkundigt, ob ein Jogger wie er im Gefängnis „abtrainieren“ könne.

SIPA

Polen-Besucher Kohl, Gastgeber*: „Jetzt wird Weltgeschichte geschrieben“

Kohls Telefondiplomatie hat sich im Jahr der Wiedervereinigung gut bewährt. Sie half ihm, Richtung und Tempo des Prozesses zu steuern. Am Ende stand er als „Kanzler der Einheit“ in hellem Licht. Dabei ist auch Kohl anfangs durch tiefes Dunkel getappt.

Für die Chaos-Tage nach der Maueröffnung hatte die Bundesregierung kein Konzept. Schon Anfang der siebziger Jahre waren die Bonner Planspiele, wie man das geteilte Deutschland irgendwann administrativ, finanziell und politisch wieder einigen könnte, eingestellt worden. Die westdeutsche DDR-Forschung fristete ein Mauerblümchen-Dasein. Verläßliche Daten über den kleineren deutschen Staat, seine Schulden, Pläne und Machteliten, gab es nicht.

Besonders blöd stellte sich der Bundesnachrichtendienst (BND) an. Die Schlapphüte aus Pullach hatten seit den fünfziger Jahren keine einzige „Quelle“ im DDR-Establishment. Noch 1988 schätzten sie die Zahl der hauptberuflichen Stasi-Mitarbeiter auf rund 30 000 (da waren es schon 90 000). Erst als am 3. Dezember 1989 der Stasi-Oberst und KoKo-Chef Alexander Schalck-Golodkowski überlief – vorher hat er im Politbüro noch ein paar Tränen kullern lassen –, lichtete sich der Nebel. Schalck, der Goldfinger der Partei, erzählte alles.

Kanzler Kohl saß am Abend des 9. November friedlich bei Polens Präsident Lech Wałesa auf dem Sofa, als die Nachricht aus Berlin eintraf. „Es hieß, die Mauer sei offen“, erinnert sich Kohls Adlatus Horst Teltschik, „sensationell!“ Flink kurbelte Teltschik an dem kleinen braunen Kasten, mit dem die Standleitung Warschau–Bonn aktiviert werden konnte. Als die Sensation perfekt war, „brach richtiger Jubel aus“.

Kohl spendierte seiner Begleitung – neben Teltschik noch seine liebe Mitarbeiterin Juliane Weber, der Professor Wolfgang Bergsdorf und der treue Eduard Ackermann – erst mal ein Glas Sekt. „Wir haben angestoßen und begeistert dieses Ereignis gewürdigt“, erinnert sich Teltschik, „wissend, daß sich hier etwas anbahnen kann, das man bis zu diesem Zeitpunkt nicht erträumen konnte.“

„Jetzt wird Weltgeschichte geschrieben“, freute sich der Oggersheimer wenig später vor Journalisten. Damit wollte er sich aber Zeit lassen. Die deutsche Einheit erwartete Kohl nicht in 329 Tagen, sondern in fünf bis zehn Jahren. Zumindest mit dieser Fehlprognose befindet er sich in guter Gesellschaft.

Im Mai 1868, knapp drei Jahre vor der Reichsgründung, hatte Otto von Bismarck seinen Zeithorizont weit in die Zukunft gedehnt: „Wir alle tragen die nationale Einigung im Herzen“, schrieb er, aber: „Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Großes, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, so wäre das etwas Außerordentliches, ein unverhofftes Gnadengeschenk von Gott.“

Mark Twain, der große amerikanische Humorist, hatte zur selben Zeit vorausschauende Zeitgenossen dringend gewarnt: „Vor Prognosen soll man sich unbedingt hüten, vor allem vor solchen über die Zukunft.“ Aber wer hört schon auf Mark Twain?

US-Präsident George Bush läßt sich von seinem Bonner Botschafter Vernon Walters die Zukunft deuten. Dieser Walters ist ein Unikum, kein glattgeschliffener Diplomat, sondern ein dickleibiger Admiral („Vier Kriege mitgemacht!“), polyglott und hellsichtig. Walters fliegt sofort nach Berlin, stellt sich auf die Glienicker „Brücke der Einheit“, die Ost und West seit Jahrzehnten trennt, sieht Dutzende deutscher Männer weinen und kabelt seinem Präsidenten: „Ich glaube an die Wiedervereinigung. Wer sich gegen sie ausspricht, wird politisch hinweggefegt werden.“

Bush braucht nur wenige Tage, um Walters’ Sicht zu adaptieren. Der vorsichtige US-Präsident fürchtet anfangs, der Verlust der DDR werde den Reformer Michail Gorbatschow existentiell gefährden. Der glaubt das auch. „Im Falle der deutschen Wiedervereinigung“, unkt er zu Frankreichs Präsident François Mitterrand, „wird es eine Zwei-Zeilen-Meldung geben, wonach ein Marschall meine Position übernimmt.“

Als Kanzler Kohl seine kurzfristig unterbrochene Polenreise am 14. November beendet, geht der Trubel in Bonn erst richtig los. Alle Welt will den Dikken sprechen. Gute Nachrichten empfängt Kohl nur vom spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez und

* Polens Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki (vorn r.) im November 1989 in Warschau; neben Bundeskanzler Kohl dessen Berater Horst Teltschik.

dem kanadischen Premier Brian Mulroney. Die gratulieren Kohl und dem deutschen Volk und sichern jede Unterstützung zu, ohne Wenn und Aber.

Den anderen Freunden und Verbündeten ist eher blümerant zumute. Mitterrand findet zwei deutsche Staaten kommoder als einen. Nur so, sagt er Anfang Dezember zu Gorbatschow, könne die Sicherheit in Europa bewahrt werden.

Die Eiserne Lady Margaret Thatcher will kein „Viertes Reich“, hofft 1989 aber zuversichtlich, daß bis zur Einheit Deutschlands weitere 10 bis 15 Jahre vergehen werden. Ihr Außenminister Douglas Hurd profiliert sich während der folgenden Monate als Meister diplomatischer Überraschungen: Mal will er über Deutschland nur die vier Weltkriegsalliierten verhandeln lassen, am Ende mag er den „Zwei plus Vier“-Vertrag partout nicht unterschreiben, weil die britische Rheinarmee in den neuen Bundesländern nicht sofort ins Manöver ziehen darf.

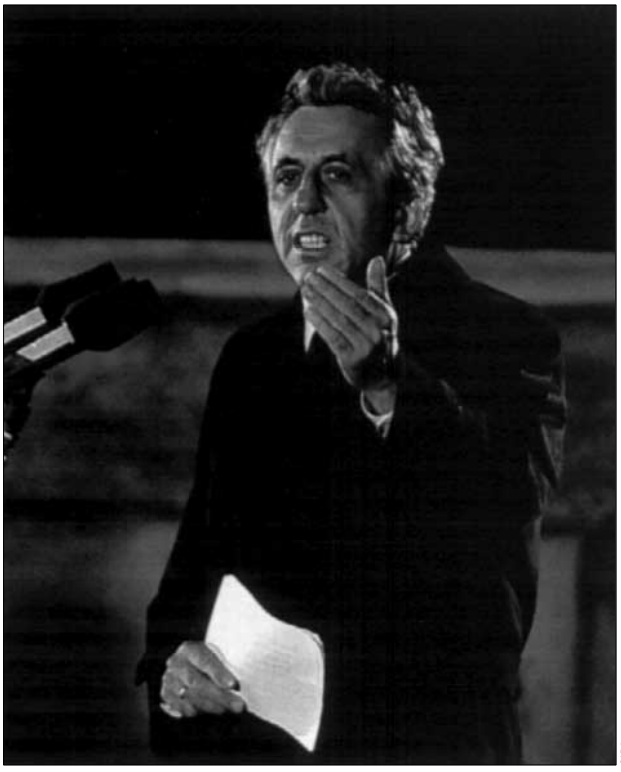
Israels Regierung ist gegen die deutsche Wiedervereinigung, die italienische ebenso. In den Ostblockstaaten und den Niederlanden finden auch die Bürger keinen Geschmack an den deutsch-deutschen Wiedersehensfeiern. Jede TV-Station sendet live aus dem geteilten Berlin: Dem Volk gehören die Straße und der Supermarkt. Alle Wirtshäuser sind randvoll, denn: Jetzt trinken wir noch ’ne Kleinigkeit auf Deutschland und die Einigkeit.

So wird das Tempo hochgehalten. Die Autonomie der kleinen Leute, die einen Speedway zur Einheit fahren, ist allen deutschen Politikern jedweder Couleur von Herzen zuwider. Vom November 1989 bis zum Oktober 1990 mahnen Kohl & Company immer wieder zu Ruhe und Besonnenheit, Modrow und de Maizière warnen ständig vor „Hatz“ und „Hetze“. Der Ostbürgerrechtler Jens Reich, ein Arzt, will auf gar keinen Fall mittels „Kaiserschnitt in Narkose“ von der abgewrackten Partei- und Staatsführung („PSF“) entbunden werden.

Die kollektive Vernunft der Demonstranten in allen größeren Städten bestimmt die Grenzen des Zumutbaren jedesmal neu. Erst heißt der Ruf „Wir sind *das* Volk!“ Soll heißen: Wir hier unten, die seit Jahrzehnten an Tribünen vorbeilaufen (müssen), auf denen ihr da oben von der PSF die Parade abnehmt, wollen, daß ihr endlich ein paar realsozialistische Versprechungen über die Gleichheit, die Rotation der Leitungskader und unsere Mitbestimmung einlöst.

Als die angeschlagene SED diesen Zuruf überlegenswert findet, fordern die Demonstranten mehr – erstmals bei der Leipziger Montagsdemonstration am 20. November. Nun heißt es: „Wir sind *ein* Volk.“ Das ist ganz etwas anderes.

Listigerweise wird der Ruf nach der Wiedervereinigung durch eine zweite Parole aus dem eingemotteten Fundus der DDR ergänzt: „Deutschland einig Vaterland“ heißt es in der DDR-Nationalhymne (siehe Kasten Seite 82). Der Ruf schallt weit wie Donnerhall.



SIPA

DDR-Regent Krenz*: „Die Partei führt uns gut“

H. P. STIEBING / ZENIT

US-Botschafter Walters (l.)*: „Ich glaube an die Wiedervereinigung“

Läßt sich die Polizei blicken, wird ihr mahnend im Chor „Keine Gewalt!“ zugerufen. Bei der verratenen deutschen Revolution vom 9. November 1918 hieß die Losung korrekt: „Brüder! Nicht schießen!“ Was „Keine Gewalt!“ in der Praxis bedeutet, wird durch Schubsen und Drücken jedesmal neu getestet. In Sachsen und Thüringen, wo der Haß auf die Berliner Greise besonders groß ist, stürmen Demonstranten die Kreisverwaltungen der Stasi, immerzu „Keine Gewalt!“ rufend. So schafft sich das Volk Schwung und Luft.

„Wir lassen uns nicht erlauben, was man uns nicht verbieten kann!“ steht auf den handgemalten Plakaten des Wendeherbstes. Dialektik ist Trumpf, frech kommt weiter. In allen größeren Städten der DDR – im Süden zuerst – sammeln sich Demonstranten; 100 000 in Dresden, 200 000 in Leipzig. „Privilegien für alle!“ heißt eine gleichmacherische Parole. Aber auch: „Es geht nicht um Bananen, es geht um die Wurst.“

Das „Neue Forum“, von der Berliner Malerin Bärbel Bohley initiiert, hat bis zum Jahresende rund 200 000 Mitglieder, „alles eingesperrte Leute auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Dilemma“ (Bohley). Die denken schon ans nächste Jahr: „Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei!“

Ist das die Revolution? Oder eine Revolte, wie Bärbel Bohley meint? Oder nichts von beiden?

Im Großen Haus, wo sich die studierten Marxisten nicht vor ihresgleichen oder vor Künstlern und Studenten fürchten, sondern nur vor richtigen Arbeitern, vor deren Wut, Streiks und Ge-

* Oben: bei einer Rede in Ost-Berlin am 10. November 1989; unten: mit Generalmajor Haddock, dem amerikanischen Stadtkommandanten von Berlin, an der Mauer am 2. Dezember 1989.

waltbereitschaft, ist man uneins: Laut Karl Marx kann es keine Revolution sein. Denn das Proletariat sei doch, ergibt die Schriftauslegung, die „herrschende Klasse“ in der DDR, und sie habe, wie im „Kommunistischen Manifest“ 1848 vorausgesagt, den ganzen bourgeoisen „Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt“.

Nach dem Sieg der „arbeitenden Klasse“ wird es aber, so Marx, „keine eigentliche politische Gewalt mehr geben“, logischerweise auch nie wieder eine Revolution. Diese Prognose hat der Privatgelehrte aus Trier in einem Aufsatz niedergelegt, dem er zu Recht den Titel gab: „Das Elend der Philosophie“. Die Ost-Berliner Arbeiter nennen Karl Marx, ganz ohne Kenntnis seiner Schriften, gewohnheitsmäßig Charly Murks.

Jurist Wolfgang Schäuble, damals Innenminister der Bundesrepublik, urteilt rückblickend, im Wendeherbst habe „keine richtige Revolution“ stattgefunden, sondern eine „unvollendete“: „Sie war bewußt legalistisch und verlief unblutig.“ Ob eine unblutige Revolution eine Revolution ist?

Der Tischler August Bebel, 44 Jahre lang Vorsitzender der Sozialdemokraten, hatte den Seinen im Sommer 1871

ACTION PRESS

Hymnen-Mixer de Maizière
Westmelodie und Osttext

ganz allgemein eine tragfähige Basis gezimmert, stabil noch 118 Jahre später: „Die Geschichte aller Perioden zeigt, daß das Volk, wenn es etwas ehrlich will, auch die Mittel hat, seinen Willen durchzusetzen.“

Gegen Krenz haben schon Umzüge nach Feierabend viel bewirkt. Vor den Montagen, wenn in Leipzig und bald überall die Menschen im Dunkeln zusammenkommen, fürchtet sich das Große Haus. Lynchen, Plündern und Brandschatzen gelten als die großen Gefahren.

Dazu kam es nicht. In allen industriellen Gesellschaften (auch so maroden wie der DDR) gibt es offenbar einen revolutionsfeindlichen „Anti-Chaos-Reflex“, den der Berliner Politologe Richard Löwenthal als erster beschrieben hat: Weil die Mehrheit von den Dienstleistungen des Staates und der Kommunen existentiell abhängig ist, will sie keinen Zusammenbruch des öffentlichen Lebens. Überdies haben DDR-Bewohner damals (und abklingend noch heute) ein besonders intimes Verhältnis zum Staat. Er soll nicht Freiräume schaffen, sondern in erster Linie Sicherheit, Brot, Strom, Arbeit und Rente garantieren.

Die Idee vom sorgenden Vater Staat, der alle ernährt, jedermann kleidet, niemanden ohne Obdach läßt, einte nach 40 Jahren Realsozialismus das ganze Volk der DDR, inklusive ihrer Pfarrer, Dissidenten und Rockgitarristen. Die DDR war ein – zuletzt recht kümmerlicher – Versorgungsstaat: Ein Brötchen (klein, al dente) kostete fünf Pfennig; die Briefmarke 20 Pfennig (dafür wurde der Brief auch noch über Wasserdampf

geöffnet, gelesen und wieder zugeklebt); das Glas Bier gab es überall für 51 Pfennig (EVP, staatlich festgesetzter Endverkaufspreis).

An diesen Preisen wollte niemand rütteln lassen, schon gar nicht die Bürgerbewegten. Im Neuen Forum sammelten sich die, die an der DDR – und manche, die an sich selbst litten. Der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) beschreibt die Vision der Bürgerbewegten zutreffend so: „Sie wollten eine neue DDR, klein, bescheiden, ökologisch, pazifistisch, himmlischgerecht, also einen kleinen Garten Eden mitten in Europa. Dazu müssen alle Menschen gut sein und müssen erzogen werden.“ Aber genau das wollten die Werktätigen aus der „materiellen Produktion“ partout nicht mehr. Sie wußten ja, daß die einen erziehen wollen und die anderen fleißig arbeiten sollen.

„Sozialismus ist ja vielleicht ganz schön“, sagten sich die jungen Arbeiter, „aber warum muß er ausgerechnet an mir ausprobiert werden?“

Das Dilemma – mit Künstlern, Pfarrern und Filmfritzen kann man vielleicht einen Staat machen, aber bestimmt kein Bruttosozialprodukt – begleitete die sterbende Republik bis zu ihrem Ableben am 2. Oktober 1990. Noch heute gruselt es den letzten DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel, wenn er an die „vielen bärtigen Nickelbrillenträger“ denkt, die sich damals dem Volk als Führer und Erzieher anboten. Einer, Diestels Kollege Markus Meckel, Pfarrer und 130 Tage DDR-Außenminister, trug zum Anzug stets Jesuslatschen, auch das noch.

Meckel und sein Amtsbruder Martin Gutzeit hatten am 7. Oktober 1989 die SDP aus der Taufe gehoben, eine tapfere Tat. Erst nach dem 40. DDR-Geburtstag, als alles ins Rutschen kam, erschienen die Paten vom Rhein, adoptierten den Winzling und gaben ihm den guten alten Namen SPD.

Brandt und die Seinen waren sich einig, daß daraus eines Tages ein kräftiger DDR-Wahlsieger werden würde. Diese naheliegende Vermutung – Thüringen, Sachsen und Brandenburg waren seit Bebels Zeiten SPD-Land, die Bevölkerung ist ein bißchen evangelisch oder gänzlich gottlos – schreckte auch Bundeskanzler Kohl. Der wollte nicht wie Churchill enden, der einen Weltkrieg mitgewann und die Wahlen verlor. Deshalb betrieb der Oggersheimer vom November 1989 an permanent Wahlkampf.

Als erstes setzte er sich und seine Getreuen Richtung Osten in Bewegung, das unbekannte Land zu inspizieren. Dagegen konnten Krenz & Co. nichts sagen, hofften sie doch, bald in den prallen Geldsack des reichen Bruders fassen zu dürfen.

Der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hatte aber nur Gratis-Ratschläge zu verteilen, als er sich am 3. Dezember in Ost-Berlin mit den kommenden DDR-Führern traf. Gastgeber war der evangelische Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, der den neuen Ost-CDU-Vorsitzenden Lothar de Maizière eingeladen hatte. In dessen Windschatten segelte eine schmallippige Dame herein, „die zunächst keiner kannte“, wie Schäuble sich erinnert, „die sich dann aber als die damalige Wirtschaftsministerin der DDR, Christa Luft, herausstellte“.

Was Schäuble damals verborgen blieb: Seine drei Gesprächspartner waren alle als Inoffizielle Mitarbeiter („IM“) des Ministeriums für Staatssicherheit registriert.

Der fromme Stolpe schaffte als „IM Sekretär“ nebenbei für die Hauptabteilung XX des MfS an, sein dankbarer Minister Erich Mielke hatte ihm 1978 dafür konspirativ die Verdienstmedaille der DDR verliehen.

Die Stasi-Generale hofften auf ein Comeback des Geheimdienstes

Der Rechtsanwalt und Synodale de Maizière („IM Czerny“) war im Jahresplan der gleichen Stasi-Filiale für 1990 als Spitzel bei Empfängen der Ständigen Vertretung der BRD eingeteilt. Für Westdeutsche, so die Vermutung des Geheimdienstes, klingt der Name de Maizière vertrauensvoll, war doch sein Onkel einst Generalinspekteur der Bundeswehr.

Die Diplom-Außenhandelsökonomin Christa Luft hatte sich schon 1963, damals 25 Jahre alt und ehrgeizig, schriftlich der Stasi verpflichtet. Jetzt ist sie PDS-Bundestagsabgeordnete und sagt: „Daran erinnere ich mich nicht.“

Schäuble wundert sich noch heute, warum de Maizière damals die „IM Gisela“ mitbrachte, „eine der SED angehörende Kollegin“. Daß die drei zur Firma Horch und Guck gehörten, hat er ihnen verziehen.

Offiziell war das Ministerium für Staatssicherheit bereits am 17. November 1989 aufgelöst worden. Seine Nachfolge trat das Amt für Nationale Sicherheit („Nasi“) an, gebildet von den gleichen Männern in den konspirativen Büros. Den Kampf um die Macht gab man noch lange nicht verloren. Die jüngeren Stasi-Generale und -Obristen hofften nach dem Abgang ihres greisen Ministers Mielke auf ein Comeback des Geheimdienstes. Die Voraussetzungen schienen günstig.

In 40 Jahren hatte das MfS sich zu einem unsichtbaren „Staat im Staate“ ent-

FOTOS: JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

Stasi-Informant Böhme, SPD-Politiker Brandt*: Wiedergeburt Willys

wickelt, so Erich Honecker mürrisch nach seinem Sturz. Es besoldete schließlich 90 000 hauptberufliche Mitarbeiter; allein in Ost-Berlin lebten rund 35 000 MfSler – dreimal mehr Geheimdienstler, als es Polizisten gab.

Das riesige Überwachungsministerium war ein komfortables Parallel-Universum mit eigenen Hochschulen (wo Schalck und andere ihre Doktortitel abholten), eigenen Kliniken, Erholungsheimen, Sonderläden, den Sportvereinen „Dynamo“ und tüchtigen hauseigenen Klempnern, die sogar eine Dachrinne reparieren konnten. Außerhalb des privilegierten MfS war eine defekte Dachrinne in der DDR für gewöhnliche Sterbliche auf Dauer irreparabel.

Wie ein Krake zog die geheime Behörde immer mehr Spitzel an. Zwischen 1985 und 1989 arbeiteten insgesamt 260 000 DDR-Bürger als Inoffizielle Mitarbeiter für das MfS; noch 1989 waren es 173 000. Das unsichtbare Netz hatte überall seine Zuträger, nicht nur in Kirche, Rechtspflege und Ökonomie. Spitzel arbeiteten in allen Dissidentenzirkeln, oft gab es dort mehr IM als Oppositionelle. Rechtzeitig hatte die Stasi ihre geheimen Mitarbeiter auch unter den hoffnungsvollen Talenten der Parteien, Verwaltungen und Kulturorganisationen rekrutiert. Das galt es nun zu nutzen.

Spätestens seit 1986 hatte Mielkes Stellvertreter, der Chef der Auslandsspionage Markus („Mischa“) Wolf, Pläne geschmiedet, um die greise SED-Führung zu verdrängen. Seine Chancen standen nicht schlecht. Wolf war lebenslang ein Mann der Russen, er sprach als einziger DDR-Oberer akzentfrei die Sprache der Kremlherren. Anfang 1987 besuchte Wladimir Krjutschkow, seinerzeit noch stellvertretender KGB-Chef, Wolf und die DDR. In Dresden lernte er Hans Modrow kennen, den Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung. Dieses Trio, sagt SED-Insider Günter Schabowski, präparierte sich für die Machtübernahme, für die Zeit nach Honecker.

Warum sollte Geheimdienstgeneral Wolf denn nicht Parteichef werden? In Moskau war das dem KGB-Chef und Gorbatschow-Förderer Jurij Andropow doch auch gelungen. Und waren nicht Glasnost („Klarheit“) und Perestroika („Umbau“) im KGB ausgeheckt worden als letzte Medizin für das sieche Sowjetimperium? Immerhin: Modrow hat es geschafft. Am 8. November wählte ihn die Partei in das Politbüro, am 13. November die Volkskammer durch Hand-

ZB/DPA

Stasi-Informanten Gysi, Luft: Die aktive Mitarbeit bestritten

Stasi-Informant Schnur*: Das Dunkelmänner-Imperium ist angeschlagen

* Oben: beim Parteitag der Ost-SPD im Februar 1990 in Leipzig; unten: mit Demonstranten und Wachhabenden vor dem Stasi-Gebäude in Leipzig am 4. Dezember 1989.

zeichen bei nur einer Gegenstimme zum neuen Ministerpräsidenten.

Modrow ist der Schmerzensmann der SED, ein hagerer Asket. Jahrzehntelang haben ihn seine Parteioberen gequält und in die Provinz verbannt. Dort wohnte er, freiwillig, in einer Dreiraumwohnung, Original Plattenbau. Mit ihm an der Spitze, verspricht er öffentlich, soll alles anders werden: „Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes." In Wahrheit wurde es eine Regierung des MfS.

Nachdem der Versuch des Generalsekretärs Egon Krenz, die prekäre Lage an der Mauer und im Lande durch die Mobilisierung der NVA-Elitetruppen zu stabilisieren, gescheitert war, traten die geheimen Stasi-Mitarbeiter in ihr Recht: Von den 27 Ministern des neuen Modrow-Kabinetts sind mehr als die Hälfte bewährte Agenten des MfS, eingeschworen auf Konspiration. Modrows Stellvertreterin wird die „IM Gisela", für Kirchenfragen ist der „IM Czerny" zuständig.

Theodor Hoffmann, ein Admiral der untergehenden Volksmarine, wird neuer Minister für Nationale Verteidigung. Schon Vater und Stiefmutter standen ganztags bei der Stasi in Diensten; 1989, ante finem, wird auch sein Sohn, ein Leutnant zur See, hauptberuflich MfSler. Der Minister selbst hat schon 1961 als IM angemustert.

Auf IM-Karrieren blicken, fast selbstverständlich, auch die Minister für Inneres, Justiz und Schwerindustrie zurück. Doch selbst die drei Leichtgewichte des Modrow-Kabinetts, zuständig für Umweltschutz, Gesundheitswesen und Tourismus, sind als geheime Mitarbeiter des MfS sozialisiert worden. Ihr Chef Modrow eilt, nach acht Tagen im neuen Amt, zur Nasi und bittet um Solidarität. Nasi-Chef Wolfgang Schwanitz sitzt als Minister an seinem Kabinettstisch. Daß dieser Generalleutnant der geheime Herr der Regierung ist, läßt er sich nicht anmerken.

Seinerzeit will Modrow nichts davon gewußt haben, daß selbst die oppositionellen Gruppierungen im Lande von erfahrenen Stasi-Leuten geführt werden. Chef des „Demokratischen Aufbruch" (DA) ist der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur („IM Torsten", später zu „IM Dr. Ralf Schirmer" geadelt). Der blickt auf 25 Jahre professionelles Spitzeltum zurück; die echten Dissidenten nennen ihn vertrauensvoll „Bruder Schnur".

Sein Kollege de Maizière („IM Czerny") führt die Blockflöten der CDU in die neue Zeit. Am 9. Dezember 1989 wird der muntere Rechtsanwalt Gregor Gysi neuer Parteivorsitzender der SED/PDS. Papa Klaus Gysi diente der Firma. Sohnemann hat in den MfS-Akten gleich drei Decknamen: „IM Gregor" alias „IM Sputnik" alias „IM Notar", bestreitet aber die aktive Mitarbeit.

Chef der anständigen, zukunftsfrohen SPD ist der charmante Ibrahim Böhme, ein ruheloser Dissident und Spitzel („IM Paul Bongartz"). Schon 1984 hat sein Arbeitgeber ihn an den aufrechten Pfarrer Markus Meckel herangespielt. „Er war der Sonnyboy der Partei", erinnert sich der Betrogene an den Betrüger, vor allem die Bonner SPD-Führer „kaprizierten sich auf Böhme".

Anfang Januar 1990 sorgten die Bonner dafür, daß der neue Genosse Ibrahim in ein sicheres und komfortables Refugium, das West-Berliner Hotel „Seehof", umzieht. Dort gefällt es ihm so gut, daß er anfängt, die lästige Parteiarbeit schleifen zu lassen. Damit in der DDR für die SPD nichts anbrennt, schicken ihm die Bonner eine tüchtige Privatsekretärin.

Wie das Leben so spielt: Die ist auch von der Stasi.

Nach den bewährten Regeln der Geheimdienste ist es ein Fehler, den eigenen Mann in die erste Reihe zu positionieren. Viel gescheiter ist es, den Gegner aus der zweiten Reihe zu steuern. Ob das angeschlagene Dunkelmänner-Imperium seinerzeit vorsätzlich die Führung von SED/PDS, SPD, CDU und DA an ihre geheimen Mitarbeiter übertrug? Sicher ist, daß nichts sicher ist, selbst das nicht.

Es kann sein, daß die IM ihren resignierten Führungsoffizieren aus dem Ruder liefen; viel für sich hat auch die Vermutung, daß ein talentierter IM sein

JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

Deutsche Regierungschefs Kohl, Modrow*: Bewährte Stasi-Agenten wurden Minister im neuen DDR-Kabinett

* Am 19. Dezember 1989 in Dresden.

FOTOS: R. KLOSTERMEIER / VISION PHOTOS

Warenangebot im Laden der Prominentensiedlung Wandlitz (1989): „Lieber Genosse Fidel, bitte probier mal“

Ego nur schwer vom Höhenflug abhalten kann. IM Bongartz glaubte am Ende seiner Blitzkarriere, er sei die Wiedergeburt des Willy Brandt. Und sieht IM Gregor / Sputnik / Notar nicht ein bißchen so aus wie der junge Lenin?

So oder so, der Versuch des gargantuesken DDR-Geheimdienstes, den Staat und die Partei zu retten, mißlang. Als am 15. Januar das Volk die Riesenareale des MfS in der Berliner Normannenstraße stürmt – Bärbel Bohley: „Ich fand's wunderbar“ –, gibt es ganz plötzlich im östlichen Teil Deutschlands keine Doppelherrschaft mehr, sondern gar keine: Die DDR, noch lebend und doch schon dem Tod anheimgegeben, wird eine herrschaftsfreie Zone, ein Machtvakuum.

JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

Schwimmbad in Wandlitz: Das Volk erschien zur Inspektion

Der Geheimdienst zerschlagen; die SED in Auflösung; die Polizisten nirgendwo mehr zu sehen; die Gefängnisse durch eine großzügige Amnestie geleert; offene Grenzen; eine demoralisierte Armee.

In diesen schönen Monaten der Anarchie regierte das Gerücht. Ohnehin vertrauten DDR-Menschen, seit 1933 unter Zensur, im Zweifel nicht dem geschriebenen Wort, sondern einer zugeraunten Botschaft. Ist Margot Honecker nicht jede Woche heimlich nach Paris geflogen, um sich die Haare färben zu lassen? Lebt Lotte Ulbricht gar nicht in Pankow, sondern in der Schweiz? Werden die Generäle nicht doch in West-Mark besoldet?

Und dann erst Wandlitz! Diese geheime Wohnsiedlung des Politbüros am Nordrand Berlins zog alle Phantasien auf sich. So schnell wie möglich nahmen deshalb Krenz, Schabowski und die anderen Glasnostis Reißaus, als das Volk zur Inspektion erschien.

Der wahre Luxus war gar nicht zu sehen: Die 26 Familien des Politbüros hielten sich Personal in feudalistischer Fülle. 641 Angestellte, alle von der Firma, umsorgten die verdorbenen Greise. Die Versorgung war, dank KoKo, perfekt westlich, das Ambiente eher kleinbürgerlich. Honecker bezog seine Anzüge aus dem KaDeWe und die Softporno-Videos von Schalck.

Sein kleiner Adlatus Hermann Axen, im Politbüro zuständig für die Außenpolitik, bot bei einer Kuba-Visite seinem Gastgeber mitgeführtes Backwerk an: „Lieber Genosse Fidel, bitte probier mal, was für wunderbares Knäckebrot wir in der DDR haben!“ Das Knäckebrot war Marke Wasa, es wurde für Axen allwöchentlich in West-Berlin gekauft. Das wußte der alte Mann nicht, er merkte es auch nicht, und gesagt hat es ihm keiner. So war das in der DDR, nicht nur beim Knäckebrot.

Wie sollte Modrow dieses Land regieren? Kein Geld im Sack und nirgendwo Kredit; jeden Tag neue Enthüllungen, wahre und unwahre: 100 Milliarden West-Mark habe die KoKo in der Schweiz deponiert, vermutet der Volkskammer-Abgeordnete Gerd Staegemann, ein Professor für Zahnmedizin, im Dezember, „gehortet auch in Form von Gold- und Silberbarren und Platin“ – leider nicht wahr. Andere erzählen, es gebe in und um Berlin Dutzende von „Führungsbunkern“ für die SED-Eliten – doch, das ist wahr – und gut 4000 konspirative Wohnungen („KW“) des Geheimdienstes – auch wahr, sie stehen leer.

Diese wilde Mischung aus Gerüchten, Illusionen und Horrornachrichten zerstört die Aufbruchstimmung des Wendeherbstes. „Der Herbst '89 war ein einziges Fest“, erinnert sich Bärbel Bohley, „alle hatten ganz glänzende Augen.“ Am Jahresanfang 1990 gerät das Geld in den Blick – bis dahin hat die Bundesrepublik insgesamt 1,2 Milliarden Mark „Begrüßungsgeld“ für die armen Ostbesucher springen lassen, 100 Mark pro Nase. Nun weiß jeder, was das ist: richtiges Geld.

„Wo Geld vorangeht“, sagt das altdeutsche Sprichwort, „sind alle Wege offen.“ Der Kanzler sieht das auch so.

Im nächsten Heft

Kohl schmiedet die „Allianz für Deutschland“ – Am 18. März 1990 gewinnt er die ersten freien Wahlen in der DDR – Keine Festung ist so stark, daß Geld sie nicht erobern kann – Gorbatschow stimmt der Wiedervereinigung zu – Die letzte Regierung der DDR läuft über